

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292-295
Verlag: Dönhoff 2506-2507

Mittwoch, den 13. Dezember 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion
der Postkontogesellschaft, Postfach 10000 Berlin

Bezugspreis:

Für den Monat Dezember 1922 M.
vorwärts zahlbar. Unter Bezugnahme
für Deutschland, Dänzig, Saar- und
Rheinland sowie Österreich und
Kriegsgefangene...

Anzeigenpreis:

Die einseitige Werbefläche
kostet 250 M. Reklamzeile 1250 M.
„Kleine Anzeigen“ das fertige Blatt
kostet 15 M. (zünftig zwei fertige
Blätter)...

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin S.W. 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Schlußzeit
von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Poincaré in Nöten.

Das Schwerkraft der Reparationskrise ist nach dem
Scheitern der Londoner Konferenz nunmehr nach Paris ver-
legt. Die Hauptfrage lautet nunmehr: Wird sich Poincaré
bis zum 2. Januar halten können oder wird ihn die Kammer
zum Rücktritt zwingen?...

Poincaré selbst versucht nun krampfhaft, das Verhängnis
aufzuhalten, indem er in einer Tour Pressevertreter empfängt
und vor ihnen Erklärungen abgibt, die als ein Gemisch von
Kraftmeierei und sophistischem Optimismus betrachtet werden
können. Als ein „interessantes Ergebnis“ der Londoner
Konferenz bezeichnet Poincaré die Preisgabe der
Vallaur-Rote durch England. Die Erklärungen Bonar Law's
im Unterhaus, aus denen hervorgeht, daß diese Preisgabe
noch keineswegs endgültig ist, waren offenbar in
Paris noch nicht bekannt, als Poincaré die Pressevertreter
empfang. Ein Londoner Bericht des „Echo de Paris“ bestätigt
übrigens, daß die Haltung Englands in der Frage der inter-
nationalen Schulden noch keineswegs grundsätzlich feststeht.

Über die Frage der Pfänder machte Poincaré folgende
unklare und widerspruchsvollen Angaben:

„Er habe in der klarsten Weise, und er werde es am Freitag
im Parlament wiederholen, erklärt, Frankreich könne kein Mo-
ratorium, so kurz es auch sei, bewilligen, ohne Pfänder
zu nehmen. Er habe sich formell seine Handlungs-

freiheit vorbehalten, sei aber überzeugt, wenn im Laufe der
neuen Beratungen im Monat Januar ein Einverständnis mit Eng-
land für eine gemeinsame Aktion nicht erzielt werde, so werde es
doch nicht zum Bruch kommen. Die Entente Cordiale werde
deshalb nicht in Mitleidenschaft gezogen. Es werde Proteste
geben; vielleicht sei eine unangenehme Zeitperiode
durchzumachen; aber sie werde nicht andauern, denn in England
beginne man sich über die Lage Frankreichs und über die Unmög-
lichkeit, für Frankreich länger auf Reparationen zu warten, klar zu
werden. Sodann erklärte Poincaré, in keinem Augenblick der Ver-
handlungen sei von einem bestimmten Pfand die Rede ge-
wesen. Er habe niemals gesagt, daß er daran denke, die Ruhr
zu besetzen oder dieses oder jenes bestimmte Pfand zu nehmen, er
wisse ja noch nicht einmal genau, welches Pfand man nehmen
werde, und wenn er es wüßte, würde er sich wohl hüten, es auf
allen Gassen zu verkünden. Jedenfalls würde kein Vorgehen,
das beschlossen würde, die Einberufung auch nur eines einzigen
Soldaten erfordern. Nicht weniger sicher sei es, daß die Zeit
der Drohungen, ohne diese Drohungen in die Tat umzusetzen, vor-
über sei. Sie sind fest entschlossen, selbst insofern und selbst wenn
vor dem 15. Januar die Reparationskommission sich für ein neues
Moratorium für Deutschland aussprechen würde, vorzugehen. Auf
alle Fälle können keine Maßnahmen vor dem 15. Januar
ergriffen werden. Wenn wir die Debatte auf den 2. Januar
verlegt haben, so bedeutet dies keinen Zeitverlust.“

Nichts kennzeichnet besser die Verwirrung und Unsicher-
heit, die in den Kreisen der französischen Regierung herrscht,
als diese Erklärung, in der jeder zweite Satz das Gegenteil des
ersten besagt.

Bonar Law's Antwort eingetroffen.

Die Antwort Bonar Law's auf die deutschen Vorschläge ist in
Berlin eingetroffen. Ihre Veröffentlichung ist, nach einer U.M.-
Redung, nicht beabsichtigt, da sie sich mit der Inhaltsangabe des von
uns veröffentlichten kurzen Reuter-Telegramms deckt.

Der Genfer Pakt.

Von Friedrich Austerlitz, Wien.

Das Genfer Werk ist nun im Hafen; nach mancherlei
Fährlichkeiten ist die parlamentarische Erledigung vollzogen.
Noch im letzten Augenblick, als schon die von den Völkerbunds-
delegierten für die Finalisierung gesetzte Frist verstrichen war
— die Herren hatten angeordnet, daß ihnen spätestens am
26. November die beschlossenen Gesetze präsentiert werden —,
geriet das Werk an eine Klippe. Die Republik erfreut sich
nämlich, neben dem Nationalrat, der die gesetzgebende
Versammlung ist, auch eines Bundesrates, der dem
Ständerat in der Schweiz entspricht; allerdings führt er ein
sehr bescheidenes, kaum bemerkbares Dasein. Er ist nicht be-
rufen, den Gesetzen zuzustimmen; die Gesetze sind auch nicht
an seine Zustimmung gebunden. Er hat verfassungsmäßig
nur das Recht, gegen die Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates
Einspruch zu erheben. Aber auch dieser Einspruch hat keine
wirksame Kraft; wiederholt nämlich der Nationalrat, bei An-
wesenheit der Hälfte seiner Mitglieder, seinen Beschluß, wird
der Beschluß des Nationalrates ohne weiteres Gesetz. Also
eine recht ungefährliche Körperchaft, deren Zweck auch schwer
einzusehen ist. Aber bei den Genfer Gesetzen spielte es sich
dennoch stark. Der Bundesrat hat jetzt nämlich eine merk-
würdige Zusammenkunft: 25 Mitglieder, die den zwei Re-
gierungsparteien angehören, und 24 Sozialdemokraten. Da
aber der (nicht stimmberechtigte) Vorsitzende der Mehrheit
entnommen ist, so herrscht im Bundesrat eigentlich Stim-
mengleichheit. Das nun hätte den Genfer Gesetzen ver-
hängnisvoll werden können. Nämlich, wenn nicht vorher ein
positiver Beschluß durchgeht, daß entweder Einspruch er-
hoben, oder daß auf den Einspruch verzichtet wird, muß acht
Wochen zugewartet werden; das ist nämlich der Zeitraum,
innerhalb dessen der Bundesrat Einspruch erheben kann; acht
Wochen konnte aber gerade hier nicht gewartet werden, und
für einen positiven Beschluß, sei es auf Einspruch oder Ver-
zicht, war keine Mehrheit vorhanden. Also mußten sich die
Mitglieder der Regierungsparteien entschließen, aus dem
Saal zu gehen, und dann waren die Sozialdemokraten in
der Mehrheit und saßen den Einspruchsbeschluß; natürlich
wiederholte der Nationalrat, in dem die Bürgerlichen eine
unbestrittene Mehrheit besitzen, den ursprünglichen Beschluß,
der auf die Annahme der Genfer Gesetze ging, und also
ward das Werk vollendet. Freilich um eine Woche später, als
man es wünschte, und unter einer fühlbaren Blamage, aber
nun ist es geborgen und Gesetz.

Es ist mit den Mänen des Prälaten als Bundeskanzler
auch sonst nicht glatt gegangen. Vor allem ist die Finanz-
diktatur der Regierung, von der Seipel behauptet
hatte, daß sie ihm in Genf von den garantierenden Mächten
aufgedrungen worden ist, die aber ganz unzweifelhaft er dem
Völkerbund suggeriert hat, beträchtlich abgeschwächt worden.
Nach der Genfer Vereinbarung hätte sich die Regierung vom
Parlament eine Generallösung verschaffen sollen, wonach
sie durch zwei Jahre alle Maßregeln, die notwendig erscheinen,
um das budgetäre Gleichgewicht bis Ende 1924 herzustellen,
selbständig verfügen kann, ohne die Gesetzgebung auch nur
befragen zu müssen, das heißt, daß zwei Jahre lang das Par-
lament völlig ausgeschaltet gewesen wäre. Aber diesen
kühnen Gedanken hat Seipel aufgeben müssen, und die
Völkerbundsdelegierten, die für die ganze Zeit der parlamen-
tarischen Verhandlungen in Wien geblieben sind, haben zu-
stimmen müssen, daß die Vollmacht, statt der Regierung,
einem Ausschuss des Nationalrates gegeben wird; es wird
also in den Dingen, die sich auf die Erzielung des budgetären
Gleichgewichtes beziehen, fortan, eben durch die zwei Jahre,
der Nationalrat durch einen Ausschuss, den er eingesetzt hat,
der aus sechsundzwanzig Mitgliedern besteht, die nur dem
Nationalrat und Bundesrat entnommen sind, zu wirken
haben. Daß die Sache, um sie mit der Genfer Vereinbarung
in eine formelle Übereinstimmung zu bringen, verkleidet
werden mußte, der Ausschuss den Namen Staatsrat erhält
und es so hingestellt wird, als würde der Staatsrat mit der
Regierung einen „außerordentlichen Kabinettsrat“ bilden,
ändert an der grundsätzlichen Veränderung der Vollmacht, an der
Beseitigung der geplanten Finanzdiktatur, gar nichts. Aber
auch sonst mußte es Seipel dulden, daß in die unterschied-
lichen Vorschläge zum Wiederaufbau der Staatswirtschaft
viel Wasser gegossen wurde. Es war, unter dem Druck der
Agrarier, auch beabsichtigt, den alten Zolltarif von 1906 mit
seinen Zöllen auf Lebensmittel, natürlich die Zölle der
Geldentwertung gemäß valorisiert, wieder in Kraft zu setzen.
Auch das hat der Einspruch der Sozialdemokraten verändert,
wie überhaupt gesagt werden kann, daß sich der Einfluss der
Partei an jedem Punkte des Wiederaufbaugesetzes wirksam
gezeigt hat. Die mit den internationalen Krediten verbundene
ausländische Kontrolle konnten, als eine vollzogene internatio-
nale Bindung, die Sozialdemokraten freilich nicht beseitigen,
die Schmach von Genf bleibt also Seipels Werk.

Das erwähnte Gesetz, das die Gesetzgebung in einem be-
stimmten Umfang dem Staatsrat überträgt, mußte, den Be-
stimmungen der österreichischen Bundesverfassung gemäß, als
Verfassungsgesetz beschlossen werden; konnte also nur

Internationale Wiedervereinigung.

In Ergänzung der U.M.-Meldung, die wir im Montag-
Abendblatt veröffentlicht haben, geht uns folgender Bericht zu:

Am Sonntagabend fand in Haag eine Sitzung des Exekutiv-
komitees der Londoner und der Wiener Internationale statt, in der
folgende Entschlüsse einstimmig angenommen wurden:

Die am 10. Dezember 1922 in Haag versammelten Vertreter
der Exekutivkomitees von Wien und London bekundeten ihren gemein-
samen Willen, für die Vereinhaltung der sozialistischen
Aktion und Organisation zu wirken. Sie beschließen die Bildung
eines Allgemeinen Aktionskomitees, bestehend aus acht
Mitgliedern, mit dem hauptsächlichsten Zwecke, die möglichst baldige
Einberufung einer internationalen sozialisti-
schen Konferenz vorzubereiten.

In das Komitee wurden entsandt: Bracke (Frankreich), Ball-
head (England), Abramowitsch (Rußland), Crispin
(Deutschland) und Friedrich Adler (Österreich) als Vertreter
der Wiener Arbeitsgemeinschaft; Wandervelde (Belgien), Otto
Weis (Deutschland), Henderson (England), Stauning
(Dänemark) und Tom Shaw (England) als Vertreter der Zweiten
Internationalen.

Hitler-Vorstöß nach Württemberg.

Blutige Kämpfe in Göppingen.

Stuttgart, 12. Dezember. Am Montag, den 11. Dezember, be-
absichtigte die „Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ in
Göppingen eine Versammlung abzuhalten. Die vereinigten Ge-
werkschaften hatten die Arbeiter aufgefordert, ihrerseits in Massen
zu erscheinen. Als bekannt wurde, daß eine Hundertschaft der
Münchener Nationalsozialisten, ausgerüstet mit Knotenböden
und Gummiknüppeln, begleitet u. a. auch von einem Sani-
tärmann und einer roten-Kreuz-Schwester als „Saalschutz“ in
Göppingen eingetroffen waren, während auch die Arbeiter aus den
umliegenden Dörfern Zuzug erhielten, ließ die Regierung im
Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung die Versammlung
durch das Oberamt verbieten. Der aus München an-
gekommene nationalsozialistische Saalschutz begab sich in den Klostertal,
wo die Versammlung ursprünglich stattfinden sollte.

Als das Verbot bekannt wurde, zogen die Nationalsozialisten in
geschlossenem Zuge ab und suchten sich über die Filsbrücke nach dem
Waltfischkeller zu begeben. Auf dem Wege dorthin kam es zwischen
Nationalsozialisten und einem Teil der Arbeiter-
schaft, meist kommunistischen und jugendlichen Elementen, zu Zu-
sammenstößen, bei denen auch von der Schußwaffe Gebrauch
gemacht wurde. Auf welcher Seite die Angreifer waren, wird erst
die bereits im Gang befindliche Untersuchung ergeben müssen. Der
Göppinger Schutzmanschafft und den aufgebotenen Landjägern ge-
lang es schließlich, den Großteil der Münchener Nationalsozialisten
in den Hof des Waltfischkellers und die ihnen gefoligten Arbeiter über
die Filsbrücke zu drängen.

Als von Geislingen eine kleinere Abteilung Ordnungspolizei
eintraf, wurde zuerst die Filsbrücke geräumt, so daß weitere Zu-
sammenstöße vermieden werden konnten. Die Münchener National-
sozialisten wurden auf Umwegen zum Bahnhof geschafft und mußten
um 11 1/2 Uhr mit dem Zug die Stadt verlassen. Sie wurden im
Ulm von einer Abteilung Ordnungspolizei angehalten und nach
Waffen durchsucht. Dabei konnte ihnen

ein Revolver und eine Handgranate abgenommen

werden; soweit sie im übrigen Schußwaffen besaßen, waren sie im
Besitz von Waffenscheinen. Stuttgarter und Tübinger Studen-
ten, die sich auf dem Weg zum Waltfischkeller vom Gros der
Nationalsozialisten entfernten und zum Bahnhof gingen, wurden
von den Arbeitern erkannt und zum Teil blutig geschlagen. Außer
drei verletzten Tübinger Studenten wurden bisher
9 Personen der Polizei als verletzt gemeldet, darunter fünf mit
Schußverletzungen. Drei von ihnen gehören zu den Münche-
ner Nationalsozialisten. In den späteren Abendstunden traf noch
eine Abteilung staatl. Ordnungspolizei aus Göttingen ein. Nach
Abzug des Münchener Trupps war die Ruhe bald wieder herge-
stellt. Im Verlaufe des gestrigen Nachmittags hat der Oberstaats-
anwalt des Landgerichts Ulm die gerichtliche Untersuchung der
ganzen Angelegenheit eingeleitet.

Arbeiter selbstschutz in Warschau.

Warschau, 12. Dezember. (U.M.) „Robotnik“ (poln.-soz.) ver-
öffentlicht einen Aufruf des sozialistischen Bezirksausschusses, in dem
zu einem eintägigen Generalstreik aufgefordert wird, und einen Aufruf
des sozialistischen Parteivorstandes, der die Bil-
dung eines Arbeiter selbstschutzes antündigt.

Die rechtsstehenden Blätter geben einen Aufruf des Rechts-
bundes wieder, der die Aufforderung enthält, die Manifestation
abzubrechen und die polnische Gesellschaft in planmäßigem
Kampfe von den Einflüssen des Judentums und des Sozialismus
zu befreien.

Wie die Blätter melden, ist der Polizeidirektor von Warschau,
Eitorski, in den Anklagezustand veretzt worden.

Die Börse ist unsicher.

Dollar 8100.

Die Berliner Börse zeigte heute keine einheitliche Tendenz. Die
Verschärfung der Geldmarktverhältnisse und die Meldung über be-
trächtliche Betriebseinschränkungen im Textil-
gewerbe, der Metallindustrie und anderen Branchen üben einen
gewissen Druck auf die Unternehmungslust der Spekulation aus.
Außerdem beobachtet man mit einer gewissen Beunruhigung die
Vorgänge am Devisenmarkt. Die unklare politische Lage ruft
im Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln eine weitgehende
Zurückhaltung und eher eine unsichere Tendenz hervor. Ueberhaupt
ist vor Weihnachten mit einer weitestgehenden Einschränkung des Börsen-
geschäftes zu rechnen. Der Dollar wurde mit 8100 gehandelt.

mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen zur Beschließung gelangen. Genau betrachtet, hätten also die Sozialdemokraten, wenn sie diesem Verfassungsgesetz die Zustimmung verweigert hätten, im Augenblick auch die ganze Genfer Vereinbarung hindern können; denn ohne die Erteilung wenigstens dieser Vollmacht wären die Verpflichtungen, die der Genfer Pakt Oesterreich auferlegt, nicht erfüllt gewesen, wäre aber auch die Garantie, die die Mächte jetzt erteilen, und für die sie jene Vollmacht als Bedingung aufgestellt haben, nicht zu erhalten, und damit wären die Kredite begraben gewesen und die Kontrolle mit ihnen. Aber ganz abgesehen davon, daß die Einsetzung des Staatsrates das war, was nach der Sachlage zur Wücherei und Abschwächung der geplanten Finanzdiktatur überhaupt zu erreichen war, konnte die Partei für das fürchterliche Chaos, das mit der Vereitelung der ganzen Kreditaktion heringebracht wäre, allein die Verantwortung nicht übernehmen. Die Genfer Schmach, nämlich die Unterwerfung Oesterreichs unter die Kontrolle des kapitalistischen Auslandes, wäre nur abzuwenden gewesen, wenn sich auch im Bürgertum erhebliche Kräfte gezeigt hätten, die entschlossen sind, lieber die schwersten Opfer auf sich zu nehmen, als das Opfer an Freiheit und Würde der Nation zu bringen. Aber von dieser aufrichten und charaktervollen Bestimmung war in dem österreichischen Bürgertum auch nicht ein Hauch zu spüren; diese bürgerlichen Parteien fühlen die Schmach gar nicht, ja, der Gedanke, daß ein Ausländer herkommt und wieder „Justiz und Ordnung“ zu Ehren bringt, erscheint ihnen eher sympathisch. Als Minorität konnte die Partei die Ablehnung nicht herbeiführen; die Last für die unübersehbaren Schwierigkeiten, die an das Leben des Volkes selbst greifen würden, war für sie allein zu schwer. Also mußte sie sich damit begnügen, zu retten, was möglich war, im übrigen aber die geschichtliche Verantwortung für die Missetat den bürgerlichen Parteien überlassen.

Diese fühlen auch allmählich, was sie damit Oesterreich beschert haben; daher die Furcht, in einem Jahre, wo die Neuwahl des Nationalrates fällig wird, die „Auswirkungen“ von Genf zu tragen, welche Folgen und Wirkungen die Wähler alles andere denn freudig begrüßen werden. Und daher der Plan, den Nationalrat jetzt aufzulösen — dazu bedarf es in Oesterreich eines eigenen Gesetzes — und die Wähler abstimmen zu lassen, solange der Rausch der veripochenen Goldkronen noch nicht verlogen ist. Aber daß sich dieses riesenhafte Wahlmanöver realisieren lassen wird, ist nicht gerade wahrscheinlich.

„Goldkronen“-Wahlen?

Wien, 12. Dezember. (WZB.) Bundeskanzler Seipel sprach heute, wie die „Wiener Allgemeine Zeitung“ meldet, im Parlament mit Vertretern der bürgerlichen Parteien die Frage der Auflösung des Nationalrats und der Ausschreibung von Neuwahlen. Die Aussprache soll noch keine Klärung ergeben haben, so daß die Angelegenheit noch nicht spruchreif sei, wie es nach den Berichten der Blätter Anfangs voriger Woche schien. Die Entscheidung wird jetzt nicht vor dem nächsten christlichsozialen Parteitag, der im Januar stattfindet, erwartet.

Wien, 12. Dezember. (Wiener Tel.-Korr.-Bureau.) Vom Generalsekretär des Böhmerbundes traf ein Telegramm ein, wonach der Rottendamer Bürgermeister Zimmermann ersprechend der an ihn gerichteten Einladung des Böhmerbundes zunächst provisorisch bis zum 1. April das Amt eines Generalkommissars für Oesterreich übernimmt. Zimmermann trifft in den nächsten Tagen in Wien ein.

Wie Außenminister Dr. Beneš mitteilt, ist beschlossen, daß die Tschechoslowakei 41 Proz. Deutschösterreich 33 Prozent beziehen und der Rest auf die verbleibenden Staaten aufgeteilt wird. Von der ungarischen Vorkriegsschuld hätten Ungarn 70 Proz., die Tschechoslowakei 17 Proz. und Rumänien und Jugoslawien den Rest zu bezahlen.

Am Deutschösterreichischen Nationalrat protestierten die Sozialdemokraten entschieden gegen die vollkommen ungerechtfertigte Auflegung eines so großen Teils der Vorkriegsschulden auf das lebensunfähige Alpenland.

Aus dem besetzten Gebiet.

Von Bideamus.

Zu meinen Füßen der Rhein. Der alte Strom mit der blutigen Vergangenheit, Jahrhunderte hindurch bis zur Jetztzeit Gegenstand des Reides, der Mißgunst, des Hasses, der nie verlegte, immer von neuem alte, kaum vernarbte Wunden aufreißt. Einmalig länder- und beutegeriger Staaten, Ursache immer neuer blutiger Kämpfe. Mit dem Blute vergangener und gegenwärtiger Geschlechter ward sein Bettel in das jeweilige Blatt der Weltgeschichte eingetragen.

Bredlich wälzt er sich in seinem breiten Bett, wie ein gutmütiges, altes Lasttier sich einzwängend in das Joch des Verkehrs. Hier ist er nicht der junge, schäumende, seinen Weg durch Felsenmassen ertrübende Gefelle wie weiter oben, zwischen Köln, Koblenz, Bingen. Keine rebenunspinnenden Berge säumen hier seine Ufer, keine Burgen und romanischen Ruinen kündigen von der Herrschaft vermoderter Geschlechter. Ruhig und träge wälzt er sich zwischen steilen Ufern und auf seinem breiten Rücken trägt er spielend die mächtigen Schlepplüge. Das Brausen der Arbeit, der Värm emigen Alltagschaffens begleiten seinen Weg zum Meer. —

Ueber die wässrige Rheinbrücke Homberg-Ruhrort führt mich mein Weg. Wie ein Riegel schiebt sich vor den Zugang zur Brücke der belgische Wachposten. Belgische Posten mit ausgepflanztem Bajonett patrouillieren in lächerlichem Eiltempo hin und her. Hüden und Drüben sperren Sandsackwehren den Weg bis auf den schmalen Durchlaß für den Verkehr. Oben, hoch in den Lüften, flattert die belgische Fahne. „Es ist verboten, die Bürgersteige auf der Brücke zu betreten!“ Schreien Buchstaben von einer riesigen Tafel. Spanische Reiter zu beiden Seiten ausgerichtet an den Brückengeländern. Vom anderen Ufer, qualmend und glühend die Wahrzeichen Ruhrorts, die mächtigen Hochöfen der „Phönix-A.G.“

Duisburg, der Kern dieses industriellen Zentrums, mit Samborn, Ruhrort, Homberg usw. eine einzige Stadt von riesiger Ausdehnung bildend. Von Gebäuden wehen französische und belgische Fahnen. In den Straßen alliiertes Militär. Belgier, Franzosen — Franzosen, Belgier, Soldaten mit felsam unmissbar anmutenden Uniformen. Offiziere, hochmütig — reißtobenehrt, spartenkürzend am Koppel die unentbehrliche Pistolentasche. Die Mäuren des preussischen Leinwand leben weiter.

Man muß nicht gerade Nationalist sein, um die feindliche Beziehung — wenn auch nicht gerade als „Schmach“, — so doch als leetische Depression zu empfinden. Es ist nun einmal so: Vaterland ist keine leere Phrase. Es ist ein mit der Muttermilch eingefogener Begriff. Dieses Vaterland zu einem Teil in fremden Händen, unter fremdem Zwang zu sehen, löst eine Empfindung instinktiver Unzufriedenheit gegen die „Fremden“ aus. Dieses Empfinden braucht objektiv nicht gleich Haß und Böshen zu bedeuten. Aber es ist es.

Deutschvölkische Maffia.

Der Harden-Prozess.

Die Beweisaufnahme rät ihrem Ende entgegen. Von einer so geistreich vorgetragenen angeblich beabsichtigten schweren Körperverletzung kann keine Rede sein. Der Tatbestand des versuchten Mordes steht endgültig fest. Weichardt hat die allerdings nur unverschuldet fahrlässige Tötung trotz der ihm gesenkten Bewährungsfrist als abschreckendes Beispiel nicht gelten lassen. Zur selben Zeit, wo er sich für den Tod des 13-jährigen Knaben zu verantworten hatte, ist er mit fähler Ueberlegung einem 36-jährigen Manne aus dem Leben gegangen. Seine Behauptung, daß er gleich Lechow und dem Attentäter im Scheidemann-Prozess nicht ganz in die Tat eingeweiht gewesen und die Ausführung selbst ihm unerwartet gekommen wäre, ist als eintende Ausrede in der Verhandlung Lügen gestraft worden.

Grenz hat trotz der ungeheuren Empörung und Erregung der breiten Massen des deutschen Volkes über die Ermordung Rathenows den Harden-Attentäter nicht halt geboten, sondern den Mordversuch nur wenige Tage nach der Ermordung Rathenows ruhig geschehen lassen. Selbst das demonstrative in der Öffentlichkeit verübte Abdrücken der völkischen Kreise von diesem Morde hat ihn nicht davon abhalten können. Seine Aussage auf der Polizei und bei dem Untersuchungsrichter, sein Eingeständnis im Gerichtsraum, erzwungen durch die Vorhaltungen des Vorsitzenden, lassen keinen Zweifel darüber, daß er den Mord gewollt, planmäßig auf ihn hingearbeitet und zur Beschleunigung angestrichelt hat. In dem Protokoll ist schwarz auf weiß zu lesen: Er bedauere nicht seine Tat, sie bedeute nur die Ausführung eines Rechtspruches und entspräche seiner politischen Ueberzeugung, laut der die Bekämpfung der Judenfrage mit allen Mitteln höchstes Gebot sei. Juden dürften nicht führende Posten bestreiten.

Der so nachsichtsvoll von Staatsanwalt, Vorsitzenden und Nebenklägern behandelte Zeuge Speer, Beumundungszeuge und Parteigenosse des Angeklagten Grenz, hat aus der Schule geplaudert: Der von Angeklagten mit so großer Fertigkeit auf die Tafel gezeichnete Festsitz waltet unheimlich im gleichen Maße wie über die Mitglieder der völkischen Vereine so auch über die von der Zentralorganisation dem Tod Geweihten. Eine Maffia des 20. Jahrhunderts.

Zweiter Verhandlungstag.

Zu Beginn des heutigen zweiten Verhandlungstages teilte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Rippner, zunächst mit, daß sich das Gericht die Beschlußfassung über eventuelle Ladung des Kapitän Ehrhardt, ferner eines Sachverständigen über den fernsten sowie die von der Verteidigung beantragte Inaugenscheinnahme des Tatortes vorbehalte. Auf die Vernehmung der beiden Sachverständigen Zeugen Theodor Wolff und Prof. v. Moellendorff, die heute beide zur Stelle waren, wurde sowohl von der Verteidigung, wie vom Nebenkläger verzichtet.

Rechtsanwalt Grünspach beantragte noch die Ladung der Vorstandsmitglieder des Deutschvölkischen Schuß- und Trugbundes in Odenburg als Zeugen dafür, daß dem postlagernden Briefe, den Grenz in Frankfurt a. M. empfangen hat, eine Anlage des Inhalts, Harden solle an der Amerikareise verhindert werden, nicht beigegeben habe, daß der Plan vielmehr dahin ging, Harden

auf jeden Fall zu töten.

und daß dieser Plan auch dem Angeklagten Weichardt bekannt gegeben worden sei. Ferner beantragte er, Harden darüber zu vernehmen, daß er seine Amerikareise bereits im Sommer 1921 infolge Erkrankung endgültig aufgegeben habe und daß dieser sein Entschluß in den meisten Berliner Tageszeitungen mitgeteilt worden sei, ferner stellte er den Antrag, die Hauptzeitschriften der „Odenburgischen Landeszeitung“ und der „Odenburgischen Nachrichten für Stadt und Land“ herüber zu vernehmen, daß in den Odenburgischen Zeitungen bereits viele Monate vor dem März des Jahres 1922 die Nachricht veröffentlicht worden sei, daß Harden seine Amerikareise endgültig aufgegeben habe. Schließlich beantragte Rechtsanwalt Grünspach auch die Geschäftsblätter des Deutschvölkischen Schuß- und Trugbundes in Odenburg auf telegraphischem Wege zu beschlagnahmen und an Hand dieser Bücher einen Bücherfachverständigen darüber zu vernehmen, daß die Beiträge, die Anfermann und Weichardt von Grenz erhalten hatten,

aus den Mitteln des Deutschvölkischen Schuß- und Trugbundes stammten

und von dessen Mitgliedern aufgebracht worden seien.

Als nächster Zeuge wurde dann Kriminalkommissar Weigel von der Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums gehört, der seinerzeit Weichardt zuerst auf der Volkswache und später im Polizeipräsidium vernommen hatte. Er erklärt, daß Weichardt im ersten Augenblick wohl etwas angegriffen gewesen sei, später aber einen durchaus gefassten Eindruck gemacht habe. Da sich der Zeuge auf die Einzelheiten der Aussage Weichardts nicht mehr entsinnt, wurde dann das polizeiliche Protokoll vorgelesen, in dem Weichardt zugibt, als Mittäter am Anschlag auf Harden beteiligt gewesen zu sein. Bei den Bspreschungen in Odenburg mit Anfermann und Grenz sei als

Ziel des Unternehmens die Befestigung Hardens

angegeben worden. Beide sollten von Grenz 20 000 Mark zur Befestigung ihrer Schulden und für ihren Aufenthalt in Berlin erhalten und später weitere Mittel zur Flucht bekommen. Führer des Unternehmens sollte Anfermann sein. Grenz, so sagte Weichardt in dem Protokoll aus, war in Odenburg allgemein als eifriger Vertreter völkischer Ideen bekannt.

Weichardt sagt in dem Protokoll weiter aus: Ich bog vorher am Dachberg ab, um zu sehen, ob dort Leute seien, die uns an der Flucht hindern könnten. Als ich an der Jagowstraße war, hörte ich Hülserufe und nahm an, daß das Attentat erfolgt sei. Der Zeuge Kriminalkommissar Weigel erklärt auf eine Frage des Vorsitzenden: Ich habe mich bemüht, mich im Protokoll möglichst der Ausdrucksweise Weichardts zu bedienen. Vors.: Bestimmen Sie sich, welche Darstellung Weichardt anfänglich gab? Zeuge: Diese Darstellung wich wesentlich kaum von der niedergelegten ab. Die Unwahrscheinlichkeiten bezogen sich mehr auf die Reise und die Beziehungen zwischen ihm und Anfermann vor der Tat. Vors.: Behauptete er auch, daß nur beabsichtigt gewesen sei, Herrn Harden einen Denzettel zu geben? Zeuge: Nein, es war

kein Zweifel, daß Harden befestigt

werden sollte. Vors.: Er behauptet jetzt auch, daß er nur Beihilfe habe leisten müssen. Zeuge: Weichardt betonte immer, daß Anfermann — militärisch gesprochen — als sein Vorgelegter aufzufassen war, und daß er nur das getan habe, was Anfermann befohl. Er sagte, daß er, um die Ausführung der Tat zu sichern, zum Dachberg gelaufen sei, um zu sehen, ob die Luft rein sei.

R.-A. Grünspach: Wenn Weichardt Herrn Harden nur an der Amerikareise hindern wollte, wie sollte dann dieser Erfolg auf die Dauer herbeigeführt werden. Denn, wenn Harden nach dem Ueberfall wieder gesundete, dann hätte doch von neuem die Möglichkeit einer Reise bestanden. — Angekl. Weichardt: Ich dachte, daß Harden es als Denzettel aufpassen und sich dann die Sache überlegen würde, noch einmal nach Amerika zu reisen. — R.-A. Grünspach: Dann wollten Sie also bei dem Ueberfall sagen: Denzettel für die Amerikareise! Denn es mußte doch Harden irgendwie zum Bewußtsein kommen, daß es sich darum handelte. — Diefen Vorhalt lehnt das Gericht ab. — R.-A. Schiff: Weichardt hat, wie ich betonen möchte, vorgestern von seiner Mutter einen Brief erhalten, er solle doch die Wahrheit sagen, denn wenn er verurteilt würde, dann würde das sein kranker Großvater nicht überleben. — Vors.: Ist das richtig? — Weichardt: Ja, meine Mutter schrieb mir, daß es Großvater teilweise gar nicht gut gehe. Ich wollte anfangs die ganze Sache so weit wie möglich auf mich nehmen, weil ich an Anfermann, der auch verurteilt ist, noch etwas gutzumachen habe. Ich hatte ihn doch damals im Stich gelassen; aber nach diesem Brief muß ich mir doch sagen, daß das Leben eines Familienmitgliedes mehr wert ist, als ein Freund. — Oberstaatsanwalt: Sie haben doch früher kein so weiches Herz gehabt? Sie sind doch noch im März dieses Jahres

wegen jahrlängiger Föhung eines Jungen zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt

worden und wenige Monate nach der Beurteilung haben Sie sich dann wieder mit Nordplänen beschäftigt. Weichardt: Ich bin deshalb nicht von der Tat zurückgetreten, weil ich mich nicht mit dem Mafel belassen wollte, daß ich ein Spigel oder ein Feigling wäre. Aber sympathisch war mir die Tat nicht.

Dann erstattete Geh. Medizinrat Prof. Dr. Borchardt, der Harden behandelt hat, sein Gutachten. Er befandete, daß

Harden acht Wunden am Schädel davongetragen

habe, die größtenteils bis auf den Schädelsknochen gingen, eine Wunde am linken Scheitelbein sei ihm besonders gefährlich erschienen, weil es ausfah, als ob der Knochen gespalten wäre. Am linken Arm, auf den sich der Läter gestellt hatte, seien mehrere Blutergüsse zu verzeichnen gewesen. Es seien dann aber keine schweren Komplikationen eingetreten.

(Schluß im Morgenblatt.)

Innerhin, wir — und gerade wir Sozialisten! — sollen in jedem Menschen zunächst erst den Menschen und erst in zweiter Linie das staatspolitische Individuum zu sehen versuchen.

Man begreift: das ist so einfach nicht. Vererbte Tradition, Erziehung usw. bilden große Hemmnisse; hindern objektiv und subjektiv an neutraler Betrachtung der Dinge. Es ist da etwas, das den Reichsdeutschen, der zum erstenmal besetztes Gebiet betritt, sich gegen die fremden Uniformen auflehnen läßt. Vielleicht spielt auch der vielumstimmte Rasseinstinkt eine Rolle. Hinzu kommt ein Gefühl starker innerer Bestimmung. Man sieht die — wohl weniger Kriegsnotwendigkeiten, als militärischen Prestigegründen entsprechenden — kriegerischen Ausrichtungen und empfindet sie als provokierend, als Diktatur, als Eingriff in die nationalen Rechte. Man wittert mit dem Instinkt des „national erzogenen Staatsbürgers“ eine verborgene Gefahr und bestürzende Feindschaft.

In den Seelen besteht der Kriegszustand fort.

„Schauspielerstreik und Theatergehung“. Ueber dieses Thema sprach gestern nacht im Hause der Bühnengewerkschaft Waldemar Hirsch. So gewaltig, so leidenschaftlich durchläuft der Eindruck der letzten Vollerammlung der streikenden Schauspieler am Freitag war, so kühl und nüchtern ging es gestern zu. Der Saal war dünn besetzt und die künstlerischen Sehnsüchte, die am Freitag einen so hoffnungsvollen Ausdruck fanden, hatten gestern zaghafter Erwägung Platz gemacht. Die stürmenden und drängenden Schauspieler scheinen schon müde geworden zu sein. Am Niedergang des Theaters seien die Filmstärker der Schauspieler, das Starsystem und die Vertikalisierung der Schuld, führte der Referent aus. Mit recht anfichtbaren Beweismitteln legte er dar, daß die Filmstätigkeit das schauspielerische Talent schädigen müsse, daß Film- und Bühnenkunst gegensätzlich seien. Dagegen hat er recht, wenn er im Starsystem den Tod des künstlerischen Zusammenspiels, des Ensembles sieht. Er brachte noch eine sensationelle Nachricht, für die wir ihm die Verantwortung überlassen müssen. Rottler, Saltendburg, Reinhard, Bernauer und Holländer wollten einen Theaterkonzern gründen und die Verhandlungen händen vor ihrem Abschluß. Doch eine solche Entwicklung bedenklich ist, steht außer allem Zweifel. Ein Schauspieler, der heute in diesem, morgen in jenem Raum spielt, muß die Beziehung zu seinen Mitspielern verlieren, er kann seine Stimme nicht den örtlichen Verhältnissen anpassen, kurz: aus dem Schauspieler-Künstler wird der Schauspieler-Handwerker. Da in unserer hyperkapitalistischen Zeit die Schauspieler nicht an ein eigenes Theater denken können, müßten sie verläufig ihren Beruf als Erwerb auflassen und in den Musikstunden ihren Idealen leben. Dazu sei vor allem gewerkschaftliche Festigung, Solidarität nötig. In der folgenden Diskussion traten Günther, Grünberg, Rosenberger, Dr. Czempin und der Schriftsteller Leonhardt hervor. Günther prägte den schönen Satz, das Berliner Theaterleben muß durch Kunst unterminiert werden, Grünberg redete dem proletarischen Theater, das Wort und er empfahl ein „Wortspende der Schauspieler“, Dr. Czempin wachte dem Präsidenten der Gewerks-

schaft schwere Vorwürfe. Die Nacht einer gutgeleiteten Genossenschaft müsse es möglich machen, die Direktoren zur Kunst zu zwingen. Mit wohlgedachten Worten prophezeite Leonhardt einen neuen Streik. Vor allem empfahl er eine feste, zu Hoffnungen berechtigende Streikorganisation.

E. D.-r.

Die tschechischen Lehrer musizierten gestern im Schwetitsa und wiederholen ihr Konzert heute im Neuen Rathaus. Obgleich der späte Beginn mir nur das Anhören von zwei Liedern erlaubte, stellte sich doch der Eindruck vorzüglicher Schulung und künstlerisch hochwertiger Ensembleleistung schnell ein. Der etwa 60 Mann starke Chor ist nicht reich an schönen und ausgesprochenen Stimmen; aber die Einheit in Rhythmus und Vortrag ist bei allen Abstufungen, die der Dirigent Kallik zumeist bringt, gewahrt und bildet bei den sehr schwierigen Kunststücken einen besonderen Reiz. Nicht weniger übrigens die Tonbildungen von Kozal, Sut und anderen selber. Sie haben sich hoch über das bei uns immer noch so gern gehobte Liederkaffee, hind modern in Haltung und Harmonik und haben auch in fremder Sprache einen elementaren Schwung.

Frankreich und die deutsche Kunst.

Aus Paris wird gemeldet: Im Verlaufe der Beratung des Etats des Ministeriums für Kunst und Wissenschaft sprach ein reaktionärer Abgeordneter von angeblichen Verhandlungen zwischen dem Direktor des Odeon-Theaters Firmin Garnier und Max Reinhardt. Er wies darauf hin, daß dieser das „Kriegsmanifest der 93 deutschen Professoren“ unterschrieben habe. Minister Berard antwortete, man habe sich auf allen Gebieten in Frankreich vor dem Kriege durch den deutschen Geist beeinflussen lassen. Heute aber wollten die Franzosen dem germanischen Geist auf dem Gebiete des Geisteslebens nicht mehr untertan sein. Einen der Unterzeichner des Manifests der 93 zu empfangen in einem Augenblick, in dem Frankreich noch in internationalem Konflikt stehe, geht nicht an. Er werde sich den mit allen Kräften widersetzen. Solange er an der Spitze des Ministeriums für die schönen Künste stehe, werde man einen Max Reinhardt auf einer französischen Bühne nicht vernehmen.

Daß Frankreich namentlich auf künstlerischem Gebiet gegenwärtig vom „deutschen Geiste“ noch sehr viel lernen kann, unterliegt keinem Zweifel. Wenn es von dieser Gelegenheit keinen Gebrauch machen will, so ist das seine Sache. Erbärmlich aber ist es, daß ein französischer Minister die wirklich „neutrale“ Frage des Rheinhardt-Gastspiels zur Aufpeitschung chauvinistischer Leidenschaften mißbraucht.

Eine Landstraße nur für Autos. Italien kann für sich den Ruhm in Anspruch nehmen, daß es die erste Chaussee besitzt wird, die ausschließlich für den Verkehr mit Automobilen bestimmt ist. Der Minister der öffentlichen Arbeiten ist soeben vom Rabinet ermächtigt worden, Pläne einzufordern für den Bau einer solchen Straße, die Mailand mit dem Seebestrikt Oberitaliens verbinden soll. Die Straße wird im Jahre 1923 für den Autoverkehr eröffnet werden.

Hans Marquardts-Rampöhner erzählt: Dem: Tag nachmittags 4 1/2 Uhr im Lokal des Gymnasiums Dr. H. H. H.

Was hilft den Gemeinden?

Zur heutigen Tagung im Reichstag.

Im Reichstag nahmen heute vormittag die Vertreter des Deutschen Städtetages und der Kommunalverbände Gelegenheit, vor den Abgeordneten die katastrophale Lage der städtischen Finanzen darzulegen. Den Anlaß zu dieser Kundgebung hat die Novelle zum Landessteuergesetz gegeben, die den Gemeinden einige kleine Steuerquellen neu erschließen und andere Steuern im Interesse der Gemeinden stärker anspannen will. Ob man aber selbst bei restloser Annahme dieser Vorschläge die Notlage der Gemeinden beseitigt, ist mehr als zweifelhaft.

Das Kernstück der Regierungsvorlage ist eine Erhöhung der Umsatzsteuer von 2 auf 2½ Proz. Diese Absicht der Vorlage wurde von den Städtevertretern stark unterstrichen, ja, sie forderten die Erhöhung der Umsatzsteuer auf 3 Proz. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob die ganze Veranstaltung einzig und allein dem Zwecke dienen sollte, für diese Forderung Propaganda zu machen. Die Folgen einer solchen Erhöhung, für die die bürgerlichen Parteien offenbar hinter den Städten Deckung suchen, wären katastrophal. Da die Umsatzsteuer den Verbrauch belastet, so wäre eine weitere Preissteigerung die sichere Folge. Das belastet aber nicht nur den einzelnen, sondern auch die öffentlichen Körperschaften, die sich auf diesem Wege höchstens im Augenblick eine kleine Hilfe verschaffen können. In Wirklichkeit aber verschärfen sie nur die Ursache, die zum Zusammenbruch der Gemeindefinanzen geführt hat, nämlich die Geldentwertung.

Die Gemeinden betreiben damit dieselbe kurzfristige Politik wie die bürgerlichen Parteien. Sie bauen die Einkommensteuer für die oberen Jenseits ab, wollen aber gleichzeitig die Umsatzsteuer erhöhen. Das aber ist im höchsten Maße unsozial und eine Verschärfung der Entwicklung, deren Ergebnis ist, daß nur noch die Lohn- und Gehaltsempfänger Steuerlasten tragen.

Den Massen der städtischen Bevölkerung, deren Lebensinteressen durch die Finanznot der Gemeinden aufs empfindlichste berührt werden, haben die Vertreter der Städte durch ihre Ratsschlüsse, die sie den Abgeordneten erteilten, sicher keinen Dienst erwiesen. Kein Steuererleichterungsgesetz, keine Erhöhung indirekter Steuern kann den Gemeinden helfen, wenn nicht die Wurzeln der Geldentwertung getroffen und eine dauernde Befundung der gesamten Reichsfinanzen erzwungen wird. Was die Vorschläge den Städten bringen würden, wäre im günstigsten Falle eine ungenügende Angleichung an die gleitende Steigerung der Ausgaben. Sie würde erlaubt durch neues Sinken der Kaufkraft und wäre mit einer Verschärfung der Geldentwertung verbunden. Dem Reichstag liegt es ob, den andern Weg zu geben: Durch energisches Eingreifen die Geldentwertung und damit auch die Not der Gemeinden zum Stillstand zu bringen. Schon bei der Einkommensteuerregelung wird sich zeigen, ob der Reichstag dazu den Willen hat.

Der Reichstag trat heute vormittag 10 Uhr mit den Vertretern des Deutschen Städtetages, des Reichsverbandes deutscher Städte und der Kommunalverbände zu einer Besprechung über die Finanzlage der Städte und Gemeinden zusammen. Die Sitzung wurde um 10¼ Uhr vom Reichspräsidenten Köbe mit einer kurzen Einführung eröffnet. An Stelle des erkrankten Berliner Oberbürgermeisters Köhler hielt das Hauptreferat Oberbürgermeister Blüher-Dresden. Der Redner schilderte in knappen Zügen die bekannte schwierige Lage der Gemeinden und auch der Großstädte, die heute kaum noch in der Lage sind, die Gehälter ihrer Beamten, Arbeiter und Angestellten auszuzahlen. Die Vorschläge, die der Redner im Namen des Deutschen Städtetages zu dem dem Reichstag ausgemittelt vorliegenden neuen Landessteuergesetz vorbrachte, bezogen sich im wesentlichen auf folgendes: Der Städtetag wünscht die Annahme der Erhöhung des Anteils der Gemeinden und Länder an der Einkommensteuer auf drei Viertel des Einkommens und Befreiung der Zahlung der fälligen Anteile. Er schlägt vor, die Ueberrahme von 75 Proz. der Gehälter der Beamten und Angestellten auch auf die städtischen Arbeiter auszudehnen, da sonst die unmöglichen Differenzierungen die Folge sein würden, und verlangt, daß die Zahlung von 75 auf 90 Proz. erhöht werde. Ferner befürwortet er sehr eindringlich die Erhöhung der Umsatzsteuer auf mindestens 3 Proz.

Nach Blüher spricht der Münchener Oberbürgermeister Schmidt. Er betont, daß die Tagung der hayerischen Städte sich vollkommen auf den Boden der Vorschläge des Deutschen Städtetages gestellt habe. Die Not der städtischen Finanzen sei im Süden noch größer als in Norddeutschland, da für die Städte die Gewerbesteuer begrenzt sei, zahllose Ausgabenposten namentlich wegen der hohen Kohlenpreise bedeutend größer seien. Er schildert sehr eingehend die furchtbare Not der Wohlfahrtsanstalten, die vollkommen zum Erliegen zu kommen drohen. Auch er befürwortet die Erhöhung der Umsatzsteuer.

Oberbürgermeister Vesian-Eilenburg spricht für die kleineren Städte. Er betont noch stärker als die Vordredner die unhaltbare Lage der Gemeinden, verlangt das Recht selbständiger Zuschläge zur Einkommensteuer. Er gibt Ziffern über die Steigerung der Gewerbesteuern wie der Grund- und Gebäudesteuern, wie sie bei der heutigen Finanzlage in zahllosen mittleren Städten mit phantastischen Ziffern erreicht werden. Auch er verlangt Erhöhung der Umsatzsteuer und Erhöhung des Anteils der Gemeinden an ihrem Ertrahen. Ferner Erlaß der Kohlensteuer für die nichtgewerblichen Gemeindebetriebe.

Im gleichen Sinne sprachen noch zwei Vertreter der Kommunalverbände, von denen besonders die wichtigen Aufgaben der Kommunalverbände auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege unterstrichen wurden. Eine Aussprache fand nicht statt. An die öffentliche Sitzung schloß sich eine Besprechung mit den Vertretern der Fraktionen an.

	13. Dezember		12. Dezember	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	3281.90	3248.10	3371.55	3388.45
1 argentinischer Papier-Peso	3042.37	3007.63	3167.06	3182.92
1 belgischer Frank	526.18	528.82	546.10	548.87
1 nordwegische Krone	1541.13	1548.87	1596.02	1598.98
1 dänische Krone	1688.28	1691.72	1745.62	1751.98
1 schwedische Krone	2174.55	2185.45	2269.81	2280.89
1 finnische Mark	301.49	302.51	308.47	309.63
1 japanischer Yen	3950.10	3969.90	4049.55	4070.15
1 italienische Lire	401.49	408.51	421.44	423.56
1 russischer Rubel	37406.25	37539.75	38802.75	38907.25
1 Dollar	8067.28	8107.72	8450.00	8561.10
1 französischer Frank	569.57	572.43	596.00	599.00
1 brasilianischer Milreis	977.55	982.45	1007.47	1012.53
1 Schweizer Frank	1538.17	1533.83	1583.58	1591.47
1 spanischer Peseta	1256.58	1263.12	1306.72	1313.28
100 österr. Kronen (abget.)	—	—	11.72	11.78
1 sächsische Krone	245.88	247.12	261.34	262.66
1 ungarische Krone	—	—	3.30	3.61
1 bulgarischer Lev	62.34	62.66	65.89	66.17
1 jugoslawischer Dinar	—	—	103.34	108.76

Gemeinnützige Hausratbeschaffung.

Die Fragen der Kreditgewährung.

Zu einer ordentlichen Tagung hatte der Verband der gemeinnützigen Hausgesellschaften E. V. im Festsaal des Preussischen Wohlfahrtsministeriums am Dienstag geladen. Ueber das wichtige Thema „Wirtschaftsnot und Hausratbeschaffung“ referierte Regierungsrat Dr. Maier-Frankfurt a. M. Eingangs der Tagung gab Geheimrat Glas vom Reichsarbeitsministerium die Versicherung, daß das Reichsarbeitsministerium die Bewegung stützen und fördern werde. Dr. Maier führte in seinem Referat etwa folgendes aus: Die Hausgesellschaften sind Einrichtungen deutscher Art. Leider wird in Deutschland im Augenblick nicht das produziert, was eigentlich gebraucht wird. Unser Kredit beträgt etwa den zweitausendsten Teil der Vorkriegszeit. Wie kann hier Hilfe geschaffen werden? Erstens dadurch, daß eine Produktionsvermehrung stattfindet, zweitens durch die Produktions- und Konsumveredelung, und drittens durch Schaffung von Abwehrmaßnahmen gegen die sozialen Verelendungen. 75 Proz. des deutschen Volkes können mit ihrem Einkommen nur die laufenden Ausgaben decken, und sind nicht in der Lage, an größere Anschaffungen von Hausrat zu denken. Die Abzahlungs-geschäfte sind infolge der Kreditnot nicht mehr lebensfähig. Wir müssen aber auch, daß das Abzahlungs-geschäft die einzige Möglichkeit bietet, größeren Hausrat anzuschaffen, und darum müssen öffentliche Kredite bewilligt werden. Als Korreferent sprach Reichstagsabgeordneter Jost, der die Frage der Wohnungskultur vom ethischen Standpunkte aus behandelte. Ueber die Organisation und Arbeitsweise der Hausgesellschaften erläuterte Direktor Dr. Friedrich-Windchen den Bericht, woraus hervorging, daß die Gesellschaften bei den Abzahlungs-geschäften in Fällen unverschuldeter Notlage die größte Rücksicht walten lassen. Mit Verlusten sei praktisch nicht zu rechnen, denn diese sind nur äußerst gering und betragen weit unter 1 Proz. Der Betrieb sei vollkommen gemeinnützig. Im Ausschluß sowie im Verwaltungsausschuß sitzen Mitglieder der Verbraucherverorganisationen.

Nachdem die Vorarbeiten der einzelnen Referate entgegengenommen hatten, begann eine anregende Diskussion. Vertreter der verschiedenen Organisationen brachten zum Ausdruck, daß sie der gemeinnützigen deutschen Hausgesellschaft wohlwollend und fördernd gegenübersehen. Am Schluß der Tagung fand noch eine einstimmige Annahme, in der man sich für eine Kreditgewährung an die Hausgesellschaft aus-sprach.

Ausländer-Orgien.

Polizeiliche Säuberungsaktionen im Westen.

Zur Säuberung und Ueberwachung des Westens unternahm Kriminalkommissar Engelbrecht mit seiner Mannschaft in der vergangenen Nacht wieder eine umfassende Streife. Es haben sich dort allmählich Zustände herausgebildet, die auf die Dauer unerträglich sind.

Wie wir schon wiederholt mitteilten, macht sich im neuen Westen nicht nur Raubgesindel breit, sondern auch ein Schlemmertum, das die Nächte hindurch dem Spiele fröhnt und die widerwärtigsten Orgien feiert. Die Besucher dieser nächtlichen Festsitäten sind zum größten Teil Ausländer, denen die Valuta erlaubt, deutsche Mädchen für jede Schamlosigkeit zu gewinnen. Die Schlemmer- und Schmutzstöße werden von Deutschen betrieben. Die Hintermänner sind aber nicht selten Ausländer, die das Geld hergeben. Selbst können sie keine Konzession bekommen. Aber sie finden leider für ihr Geld deutsche Mittel-männer. Das Vorkommen des Ausländerturns bestärkte auch der Befund in der vergangenen Nacht. Nachdem die Streifmannschaft zunächst einige Raufkämpfer in der Gegend des Schlesischen Bahnhofes ausgehoben hatte, zog sie nach dem Westen und riegelte zuerst unter Führung des Kommissars Engelbrecht den Kur-fürstendam an der Kant- und Joachimstraße ab. Sie räumte dann den Strohzug auf und hielt alles fest, was sich nicht ausweisen konnte und verdächtig erschien. Auf dem Grund-stück Hardenbergstr. 45 wurde im Hinterhaus ein Raktanz-lokal entdeckt und ausgehoben. Die Besucher waren ohne Ausnahme Ausländer. Deutsche waren nur der Wirt, die Mädchen, die Angestellten und die Schleppe. In mehreren Lokalen ähnlicher Art, die noch kontrolliert wurden, waren die Gäste in überwiegender Mehrzahl Ausländer, diesmal meist Engländer. Zuletzt säuberte die Streifmannschaft noch den Bahnhof Zoologischer Garten. Alle angehaltenen Personen wurden zur Festhaltung und weiteren Veranlassung auf Volkstrassen nach der Rorbürger Wache gebracht. Diese Reinigung des Westens wird planmäßig fortgesetzt.

Zeugenvernehmung im Prozeß Klante.

Im Prozeß gegen Max Klante und Genossen wurde heute früh die Beweisaufnahme fortgesetzt. Der Vorsitzende Landgerichtsrat Siegert will die Zeugen für heute sämtlich wieder entlassen, um zunächst den Konkursverwalter zu vernehmen. R.-A. Dr. Welt erklärt dazu, daß die gesamte Verteidigung es für erforderlich halte, den Konkursverwalter Wunderlich nicht vor, sondern nach den Zeugen zu vernehmen. Vor allen Dingen sei es erforderlich, daß der Referendar Dr. Reichenbach, der juristische Berater Klantes, zugegen sei. Auf diesen könne die Verteidigung unter keinen Umständen verzichten. Es werden dann noch eine Reihe von Zeugen vernommen, die bei Klante gewettet und ihr Geld verloren haben. Die Zeugin Frau Ziegler wurde durch einen Bekannten darauf hingewiesen, daß man bei Klante viel Geld gewinnen könnte. Die Leute müßten gut Bescheid mit Wetten. Der Bekannte sagte allerdings auch, wo große Gewinne versprochen würden, sei auch ein großes Risiko. Die Zeugin hat 500 Mark eingezahlt und 450 Mark zurückerhalten. Sie ist um 50 Mark geschädigt worden. — R.-A. Dr. Welt: Fühlen Sie sich nun geschädigt? — Zeugin: Darüber habe ich gar nicht viel nachgedacht. Ich sagte mir, wenn es geht, dann geht. — Der Zeuge Kranz aus Dresden wurde von einem Untervertreter Klantes bestimmt, 1000 Mark einzuzahlen. Der Vertreter sagte ihm, wenn es schief gehe, bekomme er auf alle Fälle den Einsatz zurück. Der Zeuge wußte, daß die Gelder zu Wetten verwendet werden sollten. — Borf: Wurden Sie durch die Versprechungen der Prospekte zu der Einzahlung veranlaßt? — Zeuge: Weil alle hinführen und gewanne n, habe ich es auch getan. — Borf: Sie sind also der Massenuggestion zum Opfer gefallen? — Zeuge: Ich mußte ja auch annehmen, daß, was da gedruckt ist, wahr ist. — Es folgten dann noch verschiedene Zeugen, die sich ähnlich äußerten.

Deutschnationale Schulagitation.

Als in Berlin die Werbung für die weltliche Schule schärfer zu werden begann — welches Geschrei erhob sich da bei den „Christlichen“! Weil sie ihre Herrschaft bedroht sahen, zeigten sie über angebliche Ausschreitungen der Agitatoren. Man erinnert sich wohl noch, wie in der Stadtvorordnetenversammlung die Deutschnationalen unter Führung ihres Stadtvorordneten Troll wegen der Agitation für die im Stadtteil Wedding zu schaffenden weltlichen Schulen eine Anfrage an den Magistrat richteten und zu welchen Anwürfen gegen den Oberstadtschulrat Genossen Paulsen in der Debatte kam. Inzwischen haben die „Christlichen“ selber ihre Wählerarbeit gegen die weltliche Schule mit ungewöhnlichem Eifer fortgesetzt und sich dabei nicht gekümmert, auch die Schulkinder in die Agitation hineinzuziehen. Als sie gegen Ende des Sommerhalbjahres unter Kindern der 65. Knaben-Gemeindeklasse in der Schulstraße ein Flugblatt verbreiteten, das die Eltern zum Kampf für die „christliche“ Schule auf-

rief, teilte ein Vater das dem Provinzialschulkollegium in einer Beschwerde mit. Die vor kurzem eingetragene Antwort sagt, das Flugblatt sei nur den Kindern eingehändigt worden, die am Religionsunterricht teilnehmen, und „auch nur in einigen Klassen“, so daß die Absicht einer agitatorischen Betätigung hier bei nicht anzunehmen“ sei. Der Beschwerdeführer hält an seiner Angabe fest, daß die Kinder, die vom Religionsunterricht befreit sind, nicht sämtlich von der Flugblattverteilung verschont wurden. Wie so aus der Flugblattverteilung in der angeblichen Beschränkung, die das Provinzialschulkollegium behauptet, nicht auf die Absicht einer agitatorischen Betätigung zu schließen sein soll, bleibt das Geheimnis des Provinzialschulkollegiums. Im übrigen muß selbst das Provinzialschulkollegium zugeben, daß es die Verteilung derartiger Flugblätter nicht billigen kann, und es hat, wie der Beschwerdeführer sagt, die betreffenden Lehrer „darauf hingewiesen“. Der Ruffel, der den deutschnationalen Pädagogen und Agitatoren erteilt worden ist, dürfte nicht allzu groß ausgefallen sein. Die Beschichte ist aber von besonderem Reiz deshalb, weil die 65. Schule unter der Leitung des deutschnationalen Stadtvorordneten Rektor Troll steht.

Der Zoo als Stätte der Forschung.

Im Verein der Aquarien- und Terrarienfreunde warb Professor Hed für den von ihm geleiteten Zoologischen Garten mit einem Sonntagsvortrag, der die wissenschaftliche Bedeutung dieses den Berlinern liebgewordenen Instituts betonte. Er begann mit Worten des Dankes dafür, daß die Hilfs- und Rettungsaktion für den notleidenden Zoo bisher nicht nur Spenden von Großbanken und Großindustriellen gebracht, sondern Anteilnahme auch in weiteren Kreisen der Bevölkerung und selbst bei der Schuljugend gefunden hat. Anerkennend gedachte er des Personals, das bei dem Institut in dieser Rostlandszeit ausharrt, und er bedauerte, daß infolge der Winterpause ein Drittel der Leute entlassen werden mußte. Er wies darauf hin, daß der Zoo, der drei Vierteljahrhunderte hindurch sich selber erhalten hat, wie die Museen die Unterhaltung des Staates und des Reiches verdient hätte. Diesen Anspruch rechtfertigt die wissenschaftliche Bedeutung des Zoo, der über tausend verschiedene Tierarten in vielen tausend Tierexemplaren beherbergt. Im Laufe der Jahrzehnte wurden viele neue Tierarten hier zum ersten Male in Europa ausgestellt, so daß sie von Forschern hier studiert und beschrieben werden konnten. Tiere des Zoo haben oft auch Künstlern als Modelle für ihre Werke gedient. Professor Hed zeigte dann in schönen Lichtbildern die Bauten und Parkanlagen des Gartens und eine große Auswahl seltener Tierarten, darunter nicht wenige, die in ihrer Heimat bereits dem Aussterben nahe und nur noch in kleinen Herden vorhanden sind. Er schloß mit dem Wunsch, daß diese Bildungsstätte für Junge und Alte über die schwere Zeit hinwegkommen möge. Der Vortrag wird am nächsten Sonntag im Museum für Reereskunde (Georgenstraße) wiederholt.

Sozialrentner-„Fürsorge“.

Einer 83jährigen verwitweten Rentenempfängerin in Knautsdorf wurde vom Bezirksamt Pflägenberg im Dezember die Auszahlung der Zukunftsrente verweigert mit der Begründung, daß sie noch unterhaltspflichtige Verwandte habe. Die alte Frau ist erwerbslos und mittellos und seit vier Jahren durch Krankheit und Erkratum an das Zimmer gefesselt. Kinder sind nicht vorhanden; ein vor 80 Jahren nach Amerika ausgewandertes Sohn ist verschollen. Die „unterhaltspflichtigen“ Verwandten der Greisin sind zwei Brüder von ihr. Der eine war Zeitungsaussträger, ist jetzt über 70 Jahre alt und bezieht Altersrente; der andere ist ein kleiner Beamter. Beide wissen wohl laum, wo die alte Frau wohnt. Sie soll mit ganzen 292,30 Mark — ein Brot kostet 286 M. — im Monat Dezember auskommen. Auf Grund welcher „Klärung“ des Sachverhalts ist die Entziehung getroffen worden, daß die Zukunftsrente zu entziehen sei? Öffentlich korrigiert die bergelegte Stelle recht bald den Beamten, dem wir nicht wünschen wollen, daß er einmal als Ruhezugehalt 292,30 M. im Monat bezieht.

Die Mark Brandenburg für das Rheinland.

Zur Unterstüzung der unter dem Druck der Forderung schwerleidenden rheinischen Volksgenossen hat sich in der Provinz Brandenburg ein Ausschuss für die Rheinlandhilfe gebildet, der auf Einladung des Oberpräsidenten Dr. Maier im Sitzungssaal des Brandenburgischen Provinziallandtages in Berlin zusammentrat. Oberpräsident Dr. Maier eröffnete die Sitzung des Hilfs-ausschusses mit eindringlichen Worten über die schwere Not des Rheinlandes. Der Hilfsausschuß genehmigte dann einen Aufruf des Oberpräsidenten. Geldpenden werden auf das Konto „Rheinlandhilfe“ bei der Kur- und Neumärkischen Ritterschulischen Darlehnskasse sowohl in Berlin W 8, Wilhelmstr. 6 (Postfachkonto Berlin Nr. 8172), wie auch in ihren Zweigstellen in Frankfurt a. O., Breslau, Paderborn, Fürstenaalbe a. d. Spree, bei den Kreis- und Stadtparkassen und von benachbarten Zahlstellen entgegengenommen, die von den örtlichen Ausschüssen noch beauftragt werden. Mitteilungen über beabsichtigte Naturallieferungen werden an das Oberpräsidium der Provinz Brandenburg, Charlottenburg 5, Kaiser-damm 1, erbeten.

Von einem Taschendieb um 720 Millionen Mark bestohlen wurde ein Herr Jodel Rohmann, der sich, aus dem Osten kommend, angeblich auf der Durchreise in Berlin aufhält. Nach einer Fahrt auf dem Auto omnibus merkte er beim Aussteigen am Potsdamer Bahnhof, daß ihm seine schwarze lederne Brieftasche gestohlen war und machte Anzeige auf der Bahnhofswache. Die Brief-tasche enthielt 80 000 M. in deutschem Gelde, 200 Dollar in bar und 3 Scheckbücher mit Travellerchecks einer amerikanischen Bank. Rohmann berechnete seinen Verlust auf 90 000 Dollar gleich 720 Millionen Mark.

Das Dezemberprogramm des Tanzkassen-Varietés weist neben guten Unterhaltungsmomenten einige Nummern von besonderer Wirkung auf. Der Reponer Sawade beginnt seine Aufholungen mit französischen Indedentheiten, schließt sie aber zu überraschender Höhe, wobei ihm zum Schluß seine Tochterchen, oberleichte japanische Püppchen, nicht wenig helfen. Nach der Angelbalmant der drei Damen Winter ist eine erhaltende Leistung. Die Tänzerinnen Merandi tanzen mit innerer Hingabe am Akkord in ästhetisch geschmackvollen Kostümen technisch vorzüglich. Sie lobten aber auch die Kritik pfeifen, die zur Bezeichnung des Tanzes selbst beitragen und ihnen auch unbedingt liegt. Bruno Müller Rept, wagt und sagt weit besser und interessanter, als er singt. Karl Rapp holt mit erkranklicher Gedächtnisleistung an einer unerbittlichen Quastenschippe köstlich ergötlich. Endlich einmal ein Komiker, der es vermeidet, den Nationalitäten und Kapitalisten Komplimente zu machen. Gnom Pappa, der etwas weniger nervös arbeiten sollte, hat sehr hübsche und sicher arbeitende allige Händlein recht einem alligen Affen.

Die außerordentliche Generalversammlung des Turn- und Sportvereins „Nixe“ Berlin findet am Freitag, den 15. Dez. in der Aula Reimkehrstr. 16/17, abends 8 Uhr statt. Tagesordnung: Statutenänderung. Der Kampf des Provinzial-Schul-kollegiums gegen untern Verein. Das Turnen soll unter allen Umständen aus. Vollständiges Erscheinen notwendig.

Für den 78jährigen Arbeitsinvaliden, früheren Eisenbahner Franz Rieder (Berlin, Stettiner Str. 46), sind bei uns eingegangen: M. 5. 1000 M. — U. 100 M. — S. 200 M. — Sm. 200 M. — Rache 200 M. — Tr. 100 M. — K. 50 M. — Summa 1870 M.

Eine Stadt, die allmählich verfinstert. Die kleine Stadt Biandago in der Nähe von Modena wird allmählich von der Erde verschlungen. Der Erdboden senkt sich dort täglich um 3 bis 4 Meter, und die Stadt wird voraussichtlich bald vollkommen verschwunden sein.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebend. Bismarck mit, überwiegend bewölkt bei lebhaften westl. bis südwestl. Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Gewerkschaftsbewegung

Die Tätigkeit der Unternehmerorganisationen.

Die Politik der Unternehmerorganisationen ist für die Arbeiterschaft von doppeltem Interesse. Einmal ist sie in rein gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Hinsicht, in den einzelnen Fragen der Lohnpolitik, der Verlängerung der Arbeitszeit, der Sozial- und Arbeitslosenversicherung usw. ein entscheidender Faktor. Zweitens aber haben die Unternehmerorganisationen auf die allgemeine Innen- und Außenpolitik sowie die Wirtschaftspolitik ihrer Staaten einen entsprechenden Einfluß, in den meisten westlichen Imperialismen beherrschen sie sogar im Verein mit dem Finanzkapital und beschränkt den Staat. Freilich ist ihr wirtschafts- und sozialpolitischer Einfluß nur die doppelte Erscheinung desselben Wesens: ihrer ökonomischen Macht.

So ist es z. B. in der gegenwärtigen Periode klar, daß, nachdem alle Anstrengungen des internationalen Finanz- und Industriekapitals, in den großen wirtschaftspolitischen Fragen (Rußland, Reparationen usw.) gemeinsam vorzugehen, gescheitert sind (Konferenzen von Brüssel, Washington, Genä, Haag), das internationale Unternehmertum seine ganze Kraft auf die Abschaffung der sozialen Errungenschaften der Kriege- und Nachkriegszeit verwendet (Abschaffung des Achtstundentages, Lohnreduktionen, reaktionäre Politik gegenüber den Arbeitslosen usw.).

In Frankreich war es der Verband der Metallindustrie (Union des Industries métallurgiques et minières), der mit aller Energie die Aufhebung des Achtstundentages forderte; in Kanada erklärte der Verband der Fabrikindustriellen (Canada Manufacturers Association), daß die Einführung des Achtstundentages den Ruin des Landes bedeuten würde; der schwedische Landesverband der Industrie hat sich gegen die Beibehaltung des Achtstundentages ausgesprochen, indem er behauptete, der Achtstundentag hätte die Produktionskosten der Industrie mit 7 bis 15 bis 20 Proz. erhöht. Und obzwar Dr. Längler im Namen der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände noch vor einigen Wochen nur von Ueberstundenabkommen sprach, traten die Herren Thyssen und Sinnes längst schon offen auf den Plan und forderten die Abschaffung des Achtstundentages.

Gleichzeitig mit der überall vorhandenen sozialen Reaktion laufen die Bestrebungen zur weiteren bewußten Zusammenfassung und Ausbau der Unternehmerorganisationen in nationalem und internationalem Maßstabe. So hat die internationale Organisation der landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände den Wunsch ausgesprochen, mit der Internationale der industriellen Unternehmerorganisationen zusammenzuarbeiten. Die Delegierten aus zweiundzwanzig Ländern haben beschlossen, ihren Landesverbänden zu empfehlen, daß sie innerhalb der industriellen Landesverbände Agrarsektionen bilden und mit jenen eng zusammenarbeiten sollen. Eine andere wichtige Tatsache der Konzentration der Unternehmerorganisationen ist die Vereinigung des tschechoslowakischen Industrierverbandes mit dem deutschen Hauptverband der Industrie der Tschechoslowakei. Auch hier hat sich die Ueberwindung der nationalen Gegensätze im Kampfe gegen die Arbeiterschaft unter dem Druck der Wirtschaft vollzogen. Auch in Japan erfolgte erst jetzt die Zusammenfassung der Industriellen in der Form einer Wirtschaftsliga, die weniger eine organisatorische als eine politische Vereinigung zu sein scheint. So jung auch die Organisation der japanischen Unternehmerrchaft ist, um so brutaler ist sie in der Niederhaltung der Arbeiterschaft. Sie verbietet ihren Mitgliedern die Einstellung gewerkschaftlich organisierter Arbeiter in ihre Betriebe, welche Maßnahme sogar die Intervention des Handelsministeriums hervorrief.

Von der positiven Arbeit der Unternehmerorganisationen sind die Bestrebungen zur Standardisierung der Produkte und Herabsetzung der Produktionskosten hervorzuheben. Die Standardisierung der Produkte bezweckt die Vereinheitlichung der Qualität der Waren und ist eine der geeignetsten Methoden, die Pro-

duktionskosten herabzusetzen. So hat der Schwedische Industrieverband die Regierung ersucht, eine Kommission zur Standardisierung der Manufakturprodukte zu ernennen, deren Beschlüsse für die einzelnen Unternehmungen verpflichtend wären. Auch der Verband der Holzindustriellen der Vereinigten Staaten beschloß eine weitgehende Standardisierung der Produkte vorzunehmen und alle Maßnahmen zur Herabsetzung der Zwischenhandelskosten zu ergreifen.

Der Nationalverband der Industriellen der Vereinigten Staaten veröffentlichte die Ergebnisse einer Kundfrage an die angeschlossenen Verbände. Unter 100 Verbänden bildet die Haupttätigkeit von 60 die Vereinheitlichung der Handelsprache, der Vertragsformen, der Maschinentypen, des Arbeitsverfahrens. 31 Organisationen arbeiten mit den wissenschaftlichen Organen der Regierung Hand in Hand. Auch die Fortbildung der Lehrlinge beschäftigt stark die amerikanischen Unternehmerorganisationen, insbesondere der Bauindustrie, in der trotz — oder besser gesagt wegen — der großen Arbeitslosigkeit ein Mangel an qualifizierten Arbeitern sich fühlbar macht. Letztere haben mit den Gewerkschaften gemeinsame Ausschüsse gebildet, die mit paritätischem Kostenaufwand die Lehrlingsbildung in Angriff nehmen sollen.

Dezemberlöhne der Tapezierer.

In einer überfüllten Versammlung der Tapezierer Groß-Berlins am Dienstag in der „Königsbarr“ wurde von Müller über die Verhandlung vor dem Demobilisierungskommissar berichtet. Der „Demo“ ist angerufen worden, weil die Arbeitgeber den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses abgelehnt haben, der für die erste Hälfte des Jahres an Lohnerhöhung 60 und für die zweite 70 Prozent bewilligte. Auch bei der Verhandlung vor dem „Demo“ verharren sie auf ihrem ablehnenden Standpunkt. Es kam infolge des Verhaltens der Arbeitgeber zu heftigen Auseinandersetzungen und zum Scheitern der Verhandlung. Nach der Verhandlung hat nochmals eine Aussprache der Verhandlungskommission mit den Vertretern der Arbeitgeber stattgefunden und hierbei ist von letzteren für die erste Dezemberhälfte eine Erhöhung der Löhne um 55, für die zweite um 75 Prozent geboten worden. Hiernach würden sich die Mindestlöhne in der ersten Dezemberhälfte in den Gruppen 1 bis 4 auf 201,50, 302,25, 232,50 und 162,75 M. stellen. In der zweiten Dezemberhälfte auf 227,50, 341,25, 262,50 und 183,75 M. Für Akkordarbeit soll die Bestimmung des Tarifnachtrags 10 gelten. Wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse sich weiter ungünstig gestalten, und zwar derart, daß der Dollar über 9000 steigen oder das Markbrot mehr als 400 M. kosten sollte, hat eine Nachprüfung der Löhne mit Wirkung vom 18. Dezember ab zu erfolgen.

Nach einer langen und recht lebhaften Aussprache wurde das Angebot schließlich angenommen.

Die Generalversammlung der Buchdrucker.

Zu dem Bericht in der heutigen Morgenausgabe wird uns noch geschrieben:

Albert Rassinl, der 29 Jahre lang mit Klugheit und Geschick die Berliner Buchdrucker durch manchen harten Kampf zum Sieg führte, der in Stunden schweren Zeltens den Kollegen ein guter Berater, in frohen Stunden ein treuer Freund gewesen, lebte eine ihm einstimmig angebotene Wiederwahl ab. Jeder Mensch — so sagte er — wird einmal alt. So geht es auch mir. Wenn die Körperkräfte versagen, nützt der beste Geist nichts mehr. Das Vertrauen, das Sie, meine Kollegen, mir 29 Jahre lang geschenkt haben, habe ich jederzeit zu erfüllen und zu rechtfertigen versucht. Wenn ich den Posten weiter behalten, aber wenn die Gesundheit versagt, hat es keinen Zweck mehr. Der 1. Vorsitzende repräsentiert nun einmal die Organisation. Mein altes Temperament geht zwar noch heute manchmal mit mir durch; ich habe noch zu viel davon. Aber was nützt es, wenn die Körperkräfte versagen. Der Gauvorstand hat sich mit der Neubestellung meines Postens befaßt. Er wollte Uibrecht vorschlagen; Uibrecht lehnte jedoch ab, er will auf seinem ihm lieb gewordenen Posten verharren. Ich schlage daher

den Kollegen Robert Braun als 1. Vorsitzenden vor. Braun gehört seit 17 Jahren dem Gauvorstand an und ist allen Kollegen durch seine Tätigkeit im Interesse der Organisation bekannt. In bewegten Worten dankte Rassinl nochmals für das ihm in den langen Jahren geschenkte Vertrauen und bat, es auch auf seinen Nachfolger zu übertragen. Als er unter lebhaftem Beifall gedenkt, wurde eine Entschlieung eingebracht und später angenommen, die ihm Dank und Anerkennung sowie das vollste Vertrauen für seine langjährige und vielseitige Tätigkeit ausdrückt. Es wurde beantragt, ihn zum Ehrenvorsitzenden des Gaues zu ernennen und gefordert, für seine materielle Sicherstellung zu sorgen.

Die Kommunisten schlugen als 1. Vorsitzenden Schreier und als 2. Vorsitzenden Bierath vor. Beide erhielten jedoch nur sieben Stimmen zur Unterfützung. Robert Braun wurde dann ohne Gegenkandidaten gewählt. — Für Fiedler votierten 72 Delegierte, so daß zwischen ihm und dem bisherigen langjährigen 2. Vorsitzenden Rudolf Uibrecht die Urabstimmung entscheidet.

Zu einer längeren Aussprache kam es über den Konflikt bei der Firma Sendel u. Cie. Schleffler brachte den am 5. Dezember gefällten Schiedsspruch zur Verlesung, der in seinen Hauptpunkten bejaht:

„Die Firma hat 60 Proz. der bei Ausbruch des Konflikts beschäftigten Handlender, Maschinensetzer, Stereotypsetzer und Korrektoren wieder einzustellen. Die Arbeitszeit ist für diese Sparten auf 24 Stunden pro Woche festzusetzen. Die Regelung der Beschäftigung hat mit Rücksicht auf den Druckereibetrieb derart zu erfolgen, daß die Arbeitnehmer tageweise aussetzen. Tritt in den nächsten drei Wochen eine Vermehrung der Beschäftigungsmöglichkeit ein, so soll die Arbeitszeit zunächst nicht heraufgesetzt werden, sofern noch Arbeiter vorhanden sind, die bei Ausbruch des Konflikts bei der Firma beschäftigt waren und inzwischen anderweitig keine Arbeit gefunden haben. — Von dem bei Ausbruch des Konflikts beschäftigten Maschinenpersonal sind 30 Proz. wieder einzustellen. Für diese Sparte ist die volle Arbeitszeit festzusetzen.“

Die Firma hat eine Entschädigung von 4000 M. für verheiratete Arbeitnehmer und 2500 M. für unverheiratete Arbeitnehmer zu zahlen, deren sofortige Wiedereinstellung nicht erfolgen kann.“

Fiedler schiederte noch einmal eingehend die Entstehung und Ausbreitung des Konflikts. Er warf der Firma vor, daß sie die Einstellungen nicht im Sinne des Schiedsspruchs vornehme. Der Demobilisierungskommissar sei angerufen worden, um nachzuprüfen, ob die Einstellungen nach den Richtlinien des § 13 der Verordnung vom 12. Februar 1920 erfolgt seien. Es besteht Aussicht, daß die Kommission noch einmal zusammentritt, um die noch vorhandenen Streitfälle zu beseitigen.

Dezember-Lohnsätze für die Angestellten der Metallindustrie. Am Freitag finden zwischen den Tarifvertrags-Parteien Verhandlungen über die für Dezember nötig werdenden Erhöhungen der Bezüge der Angestellten der Berliner Metallindustrie statt. Am gleichen Tage veranlassen der Zentralverband der Angestellten, der Bund der technischen Angestellten und der Deutsche Werkmeisterverband gemeinsam eine öffentliche Versammlung, in der die Situation geschildert wird.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell Groß-Berlin.

WV-Funktionäre der Metallindustrie! Freitag nachmittags 5 Uhr Versammlung im großen Saal des Arbeitervereins, Berlin, Wilmersdorfer Str. 133. Mitgliedsbuch und Verbandsausweis legitimieren.

Angestellte der Metallindustrie! Freitag abend 7 Uhr. Öffentliche Versammlung im großen Saal des Arbeitervereins, Berlin, Wilmersdorfer Str. 133.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Fachgruppe Westfalen. Wichtige Versammlung am Freitag abend 7 Uhr im Reichlichen Hof, Weber Str. 10, Berlin N., Invalidenstr. 105. Berichterstattung über die Tarifverhandlungen mit dem B. D. M.

Müller im Galwitzergerbe. Freitag vorm 10 Uhr findet im großen Saal Rosenfelder Hof, Rosenfelder Str. 11/12 eine Versammlung sämtlicher Müller im Galwitzergerbe statt. Tagesordnung: Berichterstattung über die Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern im Galwitzergerbe.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: E. Glöck, Berlin. Verlag: Fortwärtz-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärtz-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Wert 500 Mark in bar beim Einkauf gegen Vorzeigung dieses Inserats!

Man staunt wie billig!

Eilen Sie eh's zu spät wird!

Noch verkaufen wir, soweit Vorrat reicht!

Anzüge / Schlüpfert

Winterpaletots

Gummimäntel / Hosen

noch sehr billig!

weit unter heutigem Gestehungspreis

Kauf erleichtert durch Anzahlung

Hugo Simon

Spezialhaus für erstklassige Herrenkleidung

133 CHARLOTTENBURG 133

an der Bismarckstrasse.

Weitester Weg lohnend, da Fahrtvergütung!

Gold-Silber-Platin-Bruch Brillanten

kauft reell zu höchsten Tageskursen

C. Käferle

Uhrmacher - Juwelier

Frankfurter Allee 278

Noch ist es Zeit

Gold Silber Platin und Brillanten

wie wenige Uhr Bruchsachen zu meinen höchsten Ankaufspreisen zu verkaufen.

Edelmetall-Ankaufsstelle

Börsenplatz 5, Grünberger Str. 9

Inserate im Fortwärtz sichern Erfolg!

Möbel

kufen Sie sehr vorteilhaft bei

G. Camnitzer,

Schönb. Allee 62,

Ecke Wicherstr. Hochb. Nordr.

Auf Wunsch Zahlungs-erleichterung

Stoff-Reste-Haus

A. M. Steinhardt

18 Kottbuser Damm 18

Schöne Reste für Herren-Anzüge Mäntel Kostüme Kleider

in Stoff, Samt und Seide, sowie Futterstoffe. Ständig sehr große Auswahl.

Streng reell, in Qualität.

Juwelen-Einkaufsgesellschaft

Hopenfeld & Co

Berlin * Antwerpen

Beuthstraße 12

(Spittelmarkt)

Restehandlg. Haarpuder

Goltzstr. 2

Seiden, Samt, sämtliche Futterstoffe bedient unter Preis

Juwelen, Gold- und Silber-Bruch

kauft zum höchsten Tagespreis

Leihhaus Zehden,

Karlstr. 24.

Korbmöbel

kufen Sie am vorteilhaftesten dir. b. Hersteller

A. Lesdau

Werkstätten für fein. Korbmöbel Fernprecher

Neukölln 1399, Anzlin, und Verkaufsstelle Neukölln, Anzgrünerstraße 20.

Geschäftszeit 8-1, 3-7

Pfandscheine, Gold-, Silber-, Platin-Bruch

kauft höchstzahlend

Holzmarktstr. 5, Passage